

Die "Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und...

Die abwechselnde Kontraktseite über deren Raum kostet 25.— M.,...

Freiheit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eine Schwentung in der Schuldenfrage?

Entsendung einer englischen Abordnung nach Washington

(D.N.) London, 24. Juli. Der Rückzug Poincarés in der Frage des Moratoriums wird in Londoner diplomatischen Kreisen als ein bedeutendes Zeichen angesehen.

"Daily News" erklären, daß die Frage der interalliierten Schulden nur im Zusammenhang mit der Reparationsfrage behandelt werden dürfe.

Schulden und Reparationskosten vor dem englischen Unterhause

(D.N.) London, 24. Juli. Im Unterhause sagte Sir Robert Horne in Erwiderung auf eine Anfrage bezüglich der Kosten der Besatzungsarmee Englands, daß Großbritannien ungefähr 30.250.000 Pfund Sterling an Reparationszahlungen erhalten habe.

Renworthy fragte im Unterhause, ob die britische Regierung der französischen Republik ein Angebot gemacht habe, wonach Frankreich seine Schuld an England erlassen werden sollte.

(E.P.) London, 24. Juli. Die englische Presse beschäftigt sich hauptsächlich mit der Frage der interalliierten Schulden.

Die russische Haag-Delegation in Berlin

Für den Mißerfolg: Nahe an den Sozialrevolutionären

(D.N.) Berlin, 24. Juli. Litwinow ist mit dem technischen Personal der russischen Haag-Delegation heute in Berlin eingetroffen.

Die Moskauer "Pravda" glaubt, daß angesichts des Mißlingens der Haager Konferenz neue Versuche zur Desorganisation Sowjetrusslands von Seiten der internationalen Bourgeoisie zu erwarten seien.

Die polnische Krise

(E.C. Drahtbericht.) Warschau, 24. Juli. Der neue Versuch der linken Parteien unter Führung von Witos, das rechte Zentrum, mit der Rosset, Fedorowicz und Skulski an der Spitze, herüberzuziehen und evtl. einen Mittelblock ohne Sozialisten und Nationaldemokraten zu bilden, ist bisher ergebnislos geblieben.

Die Verfassungskommission hat an eine Unterkommission einen Antrag auf Abänderung der Wahlordnung überwiehen, wonach die Zahl der Mandate auf 300 beschränkt und davon über drei Viertel den national ungemischten Wahlkreisen vorbehalten werden sollen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

(E.C. Drahtbericht.) Warschau, 24. Juli. Die polnische Presse, die noch ganz von der Regierungskrise in Anspruch genommen ist, wendet sich eben den deutsch-polnischen Verhandlungen ihre Aufmerksamkeit zu.

Das vereinbarte Programm der Verhandlungen umfaßt 15 Materien, wovon die wichtigsten folgende sind: der deutsche Anteil an den Beamten- und Kriegerpensionen im ehemals preussischen Teilgebiet; die Frage der Reichsgarantie für die "Ariegaranten"; die Angelegenheit der im 18. Jahrhundert säkularisierten Klostergebäude und der aus dem polnischen Gebiet fortgeschafften Archive und Kunstwerke usw.

Anteil an den Beamten- und Kriegerpensionen im ehemals preussischen Teilgebiet; die Frage der Reichsgarantie für die "Ariegaranten"; die Angelegenheit der im 18. Jahrhundert säkularisierten Klostergebäude und der aus dem polnischen Gebiet fortgeschafften Archive und Kunstwerke usw.

Nationalistischer Janhagel

(D.N.) München, 24. Juli. Eine Gruppe von 50 jüngeren Leuten durchzog unter Absingung von antisemitischen Liedern einige Münchener Straßen und pöbelten den zufällig vorbeikommenden Landtagsabgeordneten Auer an.

Vor einem Linkskabinet in Italien

Gescheiterte Kabinettsbildung Orlando's

(E.P.) Rom, 24. Juli. Orlando hat dem König am Sonntag erklärt, daß er den offiziellen Auftrag der Regierungsbildung nicht annehmen könne.

Die gestern nachmittag im Reichsfinanzministerium von der Regierung mit den Spitzenorganisationen geführten Beratungen über die Erhöhung der Arbeiterlöhne haben heute abend zum Abschluß geführt.

Die Reparationen

Das wirtschaftliche und politische Glend in Europa beruht — neben den bekannten wirtschaftlichen Interessengegenständen — zu einem Teil auf dem Mißtrauen der Entente, besonders Frankreichs gegenüber Deutschland.

In England begann man nach und nach einzusehen, daß andere Ursachen als böser Wille der deutschen Regierung den europäischen Karren festgefahren haben.

Wesentlich anders liegen die Dinge in Frankreich. Auch dort beginnt man gegenüber der Durchführbarkeit des bisherigen Reparationsplanes skeptisch zu werden.

Von England wurde wiederholt der Versuch unternommen, durch Annullierung der alliierten Kriegsschulden die Reparationen zu erleichtern.

Alles dies ist nun auf Frankreich nicht ganz ohne Einfluß geblieben. Wohl gibt es dort noch gewichtige Stimmen, die immer noch verlangen, Deutschland durch Vorhalten der starken Faust zu Unmöglichkeit zu zwingen.

Die Aufrichtung der Wirtschaft und die Stabilisierung der europäischen Valuta ist ohne Amerikas Hilfe nicht zu erreichen. Die von Frankreich bis in die jüngste Zeit verübte Reparationspolitik, die fortgesetzt den Bestand Deutschlands bedroht, geben durchaus keinen Boden weder für eine amerikanische noch eine internationale Anleihe. Aber bei den künftigen Verhandlungen darf es sich nicht bloß um eine provisorische Regelung, etwa durch ein Moratorium, handeln. Soll endlich mit dem europäischen Wiederaufbau begonnen werden, muß man zu einem Definitivum kommen. Dieses ist aber mit Diktaten am allerwenigsten zu erreichen. Man muß auch Deutschland hören und die freiwillige Zustimmung Deutschlands zu den Abmachungen zu erlangen suchen.

Zunächst ist die Nachprüfung und endgültige Regelung der Reparation nicht nur eine Frage der Äußerlichkeiten. In Deutschland hat man nunmehr ernstlich zu prüfen, was bei Ausbietung aller Kräfte ohne Gefahr für den Wiederaufbau der eigenen Wirtschaft geleistet werden kann. Die Zerrüttung der deutschen Finanzen durch den Devisenkaufzwang, verschärft durch die Devisenspekulation innerhalb und außerhalb Deutschlands sowie durch die Besitzsteuer-Sabotage haben die Lage bedeutend schwieriger gestaltet, die Tragfähigkeit Deutschlands ganz beträchtlich herabgemindert. Aber der Wille der Erfüllung ist in Deutschland vorhanden. Deutschland ist sich bewußt, daß es sich ohne große Opfer nicht aus der furchterlichen Lage befreien kann.

Die Erfüllungspolitik in Deutschland hängt ab von dem Bestande der deutschen Republik. Das darf und wird man hoffentlich auch in Frankreich nicht verkennen. Die deutsche Arbeiterschaft wird getreu den von der Amsterdamer Internationale und von anderen internationalen Tagungen aufgestellten Thesen alles daran setzen, daß die von ihr vom Anfang an geforderte und zur Derausführung aus den immer tiefer klaffenden Grundgründen einzig mögliche Erfüllungspolitik ehrlich fortgesetzt wird. Jede Gewaltpolitik oder Forderung von Unmöglichkeitlichkeiten beschwört in Deutschland neue innere Konflikte herauf, wodurch nicht zuletzt auch die Erfüllungspolitik selbst und damit jede Gesundung des europäischen Wirtschaftslebens in Frage gestellt wird. So wie die deutsche Republik als einziger Stützpunkt die Arbeiterklasse besitzt, genau so ist die Machterweiterung der deutschen Arbeiterschaft die beste Gewähr für eine loyale Erfüllung des Versailler Friedensvertrages. Erfüllungspolitik kann niemals gegen die Arbeiterklasse getrieben werden. Es heißt daher direkt die Erfüllungspolitik erschweren, wenn man durch fortgesetzte Drohungen und militärische Druckmittel die Reaktion groß zieht und die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Reaktion sich zermürben läßt.

Die Konferenz von Amsterdam und die Wiener Arbeitsgemeinschaft

Die Exekutive der IASP. nahm auf Grund ihres einstimmigen Beschlusses an der vom Internationalen Gewerkschaftsbund einberufenen Konferenz am 19. und 20. Juli 1923 in Amsterdam teil. Vor Eintritt in die Tagesordnung legte Gen. Adler die allgemeinen Gesichtspunkte, von denen die IASP. bei der Teilnahme an dieser Konferenz geleitet ist, dar. In der Generaldebatte über die Lage in Deutschland entwickelte Gen. Crispian die Gesichtspunkte der IASP. Bracke skizzierte den Inhalt eines Aufrufs der Konferenz an die Arbeiter aller Länder. In die Kommission, die diesen gemeinsamen Aufruf auszuarbeiten hatte, entsandte die Exekutive der IASP. die Genossen Grimm (Schweiz) und Wallhead (England). An der an den Kommissionsbericht sich anschließenden Spezialdebatte beteiligten sich von der Seite der IASP. die Genossen Bonguet, Kaplanski, Wallhead und Adler. Die Exekutive der IASP. beschloß einstimmig, den von der Kommission ausgearbeiteten Manifest seine Zustimmung zu erteilen.

Von der Konferenz wurde eine neungliederige Studienkommission eingesetzt, die die Punkte formulieren soll, in dem von der Kommission auszuarbeiteten Manifest seine Zustimmung Versailler, St. Germain und Trianon abzuschließen sind, und die zunächst an eine Konferenz in gleicher Zusammensetzung wie die Amsterdamer Bericht erstatten soll. Für diese Konferenz, die Anfang August ihre erste Sitzung in Brüssel halten soll, wurden von der Exekutive der IASP. vorgeschlagen: Bauer (Österreich), Blum (Frankreich) und Wallhead (England).

Nach Abschluß der gemeinsamen Konferenz trat die Exekutive der IASP. nochmals zu einer Beratung zusammen. Auf Grund eines ausführlichen Bericht Crispians über die Parteifragen in Deutschland wurde in einer eingehenden Diskussion, an der sich alle Mitglieder der Exekutive beteiligten, die Haltung der IASP. die alle Kraft eingesetzt hat, um die Kampffähigkeit des Proletariats zur Abwehr der Reaktion zu heben, als einzig zweckdienliche gegenüber den schwierigen Problemen der letzten Wochen anerkannt.

Die Exekutive der IASP. beschäftigte sich sodann mit den Angelegenheiten der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bezüglich des Detours und des Tagungsberichtes der nach Karlsbad einberufenen Internationalen Sozialistischen Konferenz. Da diesbezüglich noch weitere Verhandlungen notwendig sind, wurde das Sekretariat der IASP. beauftragt, den eingeladenen Parteien spätestens am 15. August die definitiven Dispositionen bekanntzugeben.

Wie man für die Technische Nothilfe „wirbt“

Man systematisch versucht man jetzt die Postbeamenschaft für die Technische Nothilfe zu gewinnen. Fast auf jedem Postamt bestehen Vertriebsstellen. So auf dem Paketpostamt: Berlin Herr D. S. Paulsius, Vorsteher der Stelle XVII, welcher in den Dienststunden die Beamten zum Eintritt in die Technische Nothilfe auffordert, und sie zu veranlassen sucht, einen Revers zu unterschreiben, daß sie Streikgegner sind. Es ist sogar die Rede von einer Geheimverfügung der D. P. D. Berlin, erzeugt in der Spitzelzentrale Wenzke-Barnke, in der die Amtsleiter aufgefordert werden, die Postbeamten für die Technische Nothilfe zu gewinnen.

Ja schon die Schaffung der Technischen Nothilfe eine Schmach, so bedeutet die Werbung unter den Beamten angeht des Koalitionsrechtsraubes, den der Reichstag vollzog, geradezu eine Freundschaft, gegen die sich jeder Beamte, dem das Koalitionsrecht mehr als ein schönes Vorzeigebild ist, mit aller Entschiedenheit wenden muß.

Wer hat den Brotwucher bekämpft?

Die kommunistischen Führer behaupten, die U.S.P.D. hätte das Brot verteuert, weil sie dem Gesetz über das Umlageverfahren für Getreide zugestimmt hätte. Wie unwahr das ist, zeigt die folgende Gegenüberstellung der Preise für das Umlagegetreide und der Preise für das „freie“ Getreide. Es handelt sich um die Preise für einen Zentner Getreide:

Die alten Preise für Umlagegetreide	Die neuen Preise für Umlagegetreide	Die Preise im freien Handel v. 18. Juli 22
Weizen 165 Mk.	Weizen 370 Mk.	Weizen 1040 Mk.
Roggen 155 Mk.	Roggen 345 Mk.	Roggen 800 Mk.
Gerste 100 Mk.	Gerste 225 Mk.	Gerste 950 Mk.
Safer 90 Mk.	Safer 320 Mk.	Safer 960 Mk.

Daß die alten Preise aufrechterhalten werden konnten, wird wohl auch der dümmste kommunistische Führer nicht behaupten wollen. Kein Landwirt kann bei dem heutigen Stand des deutschen Geldes einen Zentner Roggen für 155 Mk. liefern. Würde man ihn dazu zwingen, so würde er nur noch so viel Roggen anbauen, wie er selbst verbraucht. Und wenn die Arbeiterklasse die Produktion übernehmen würde, könnte sie für diesen Preis das Getreide auch nicht abgeben. Es müßte also eine Erhöhung der Getreidepreise eintreten. Wie die Tabelle beweist, weichen die neuen Umlagepreise wesentlich von den Preisen des „freien“ Getreides ab. Diese würden sofort allgemein Geltung haben, wenn das Umlageverfahren beseitigt worden wäre. Ja, sie würden weiter steigen. Das Brotgetreide würde durchweg ein Spekulationsobjekt werden. Es würde zurückgehalten werden, und die Brotpreise würden ähnlich steigen, wie jetzt die Fleischpreise. Das Umlageverfahren hat die Bevölkerung davor bewahrt. Die Getreidepreise sind für die nächsten vier Monate festgesetzt. Der hemmungslose Wucher mit Brot kann nicht aufkommen. Dafür hat die U.S.P.D. gesorgt. Deswegen wird sie von den kommunistischen Führern angepöbelt, die im Reichstage zusammen mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gegen die Getreideumlage stimmten.

Schutz der Republik in der Schule

Im Schutz der Republik hat der Oberpräsident und das Provinzialschulkollegium in Magdeburg für die Schule besonders Maßnahmen angeordnet. Die Lehrer, Lehrerinnen und Lehrpersonen dürfen nicht Vereinen angehören, die die Reichs- und Staatsregierung sowie die republikanische Staatsform als solche in Wort und Schrift beschimpfen und verächtlich machen. Sie haben Versammlungen und Rundgebungen gleich welcher Art, die eine staatsfeindliche Tendenz haben oder bei denen solche zu befürchten ist, fernzubleiben. Falls unerwartet bei einer solchen Veranstaltung eine staatsfeindliche Tendenz vertretel wird, so ist die Veranstaltung sofort zu verlassen. Mit der Ehre eines Beamten ist es, erklärt die Verordnung, nicht vereinbar, Zeitungen und Zeitschriften zu halten, die im Sinne der Verachtung des Reichspräsidenten die jetzige Staatsform verächtlich machen und die Regierung beschimpfen oder verleumden, außer wenn die Lehrperson dazu dienstlich verpflichtet ist. Im Unterricht und in allen Veranstaltungen der Schule streng verboten ist jede Bemerkung gegen die bestehende Staatsordnung oder gegen die jetzige und die früheren Regierungen des Reiches oder eines Landes sowie antimilitärische Bemerkungen. Alle Schüler sind in staatsreuer republikanischer Gesinnung zu erziehen. Der Ruf der Reichsregierung sowie die Verordnung des Reichspräsidenten sind vom Standpunkte republikanischer Staatsform aus in allen Schulklassen eingehend zu besprechen. Die Direktoren haben den Ruf sofort der versammelten Lehrerkollegium zu verlesen und für seine Durchführung zu sorgen. Etwaige Vorstöße gegen ihn sind sofort zu berichten.

Gaushalt der Reichsbahn

Wolffs Telegraphen Bureau bringt eine amtliche Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Reichsbahn im ersten Viertel des Rechnungsjahres 1923. Danach stellen sich die Einnahmen (in Millionen Mark):

Personen u. Gepäckverkehr:	Güterverkehr:	Sonstige Einnahmen:	Zusammen:
Juni 1922 501	1484	63	2028
1923 1518	10672	260	12780
+ 202,3%	+ 640,8%	+ 227	+ 1075,2%
April, Mai, Juni 1921 1841	4198	157	5608
1922 2857	26186	799	29802
+ 261,6%	+ 230,8%	+ 642	+ 271,9%
+ 105,0%	+ 570,2%	+ 409,1%	+ 477,4%

Die Ausgaben des ordentlichen Haushaltes einschließlich Schuldendienst sind für den gleichen Zeitraum (April bis Juni 1923) ermittelt zu 20 400 Mill. Es ergibt sich mithin eine Mehreinnahme von rund 2500 Mill.

Es wird im weiteren mitgeteilt, daß sich die Erwartung, Ausgaben und Einnahmen würden sich nach dem Haushaltsplan der Reichsbahn für das Jahr 1923 das Gleichgewicht halten, bestätigt habe. Die Kreise, die bisher dem Reichsbahn dieses Unternehmens „rentabel“ machen wollten, sehen also ihre Felle davonschwimmen.

Zur Erwerbslosenfürsorge

Die der amtliche preussische Pressedienst mittelt, bestimmt der Minister für Volkswohlfahrt in einem neueren Erlass folgendes:

In den Fällen, in denen die Erwerbslosenfürsorge eingestellt worden ist, weil sie die zulässige Dauer erreicht hat, ist die Unterstützung mit Ablauf von weiteren 26 Wochen wieder zu gewähren, sofern die allgemeinen Voraussetzungen der Fürsorge vorliegen. Diese Bestimmung gewinnt erhöhte Bedeutung, seit die Lage des Arbeitsmarktes geklärt hat, die zeitliche Beschränkung der Fürsorge allgemein durchzuführen. Für ihre Anwendung ist das Folgende zu beachten: Zwar verlangt die Verordnung nicht ausdrücklich, daß der Erwerbslose, der die Fürsorge wieder in Anspruch nimmt, in der Zwischenzeit ständig gearbeitet hat. Die Fürsorgeträger werden aber, ehe sie die Unterstützung wieder gewähren, sorgsam zu prüfen haben, ob und wie lange der Erwerbslose in den 26 unterstützungsfreien Wochen Arbeit geleistet hat. Hat er nicht oder nur mit Unterbrechungen gearbeitet, so muß der Fürsorgeträger die

Gründe feststellen, aus denen dies geschehen ist. Ein Erwerbsloser, der bei der Lage des Arbeitsmarktes, wie sie seit dem Herbst besteht, in dem größeren Teil der 26 Wochen nicht gearbeitet hat, wird in aller Regel nicht die Arbeitsfähigkeit oder nicht die Arbeitswilligkeit besitzen, die gegeben sein müssen, damit die Erwerbslosenfürsorge wieder für ihn eintreten kann. Ihm wird also in aller Regel die Unterstützung verweigert werden müssen.

Die Sorge um den Mangel an Arbeitswilligkeit ist doch immer merkwürdig groß. Solche generelle Arbeitsunwilligkeitsdefinition aber zeugt nicht gerade von sozialem Verständnis.

Um die Hohenzollernabfindung

Der Ministerialdirektor im Preussischen Finanzministerium, Dr. Bagem, hat vor einiger Zeit seine Entlassung eingereicht, weil der preussische Finanzminister Dr. v. Richter durch eine großzügige Schließung den Hohenzollern ihren gesamten „Besitzstand“ an Gold, Gebäuden und Grundstücken ohne Befragen des zuständigen Parlamentes hinterherum zuschauen wollte. Dabei fand Dr. Bagem nicht etwa auf dem Standpunkt, daß das gesamte Vermögen der Hohenzollern zu enteignen sei. Sein Bestreben war vielmehr, einem Beschluß der preussischen Landesversammlung gemäß dem Staate das sogenannte Krongut zu erhalten, also jenen Besitzstand an Gebäuden und Grundstücken, die ursprünglich Staatseigentum waren und die den Hohenzollern als Teil des Gehalts zur Aufrechterhaltung überwiegen wurden. Der preussische Finanzminister Dr. v. Richter aber wollte, daß auch dieses Staatseigentum den Hohenzollern zugesprochen wurde. Hinter dem Rücken des zuständigen, den klaren Rechtsstandpunkt vertretenden Ministerialdirektors Dr. Bagem beauftragte er einen anderen Beamten im Ministerium, die Angelegenheit in einem den Hohenzollern günstigen Sinne zu regeln und das Preussenparlament vor vollendete Tatsachen zu stellen. Wir haben das staats- und volksfeindliche Gebahren des volksparteilichen Ministers seinerzeit gebührend an den Pranger gestellt.

Der Herr verlegte sich, als alter preussischer Bürokrat, aufs Kennen. Jetzt aber wird bekannt, daß der Ministerialdirektor Dr. Bagem zur Disposition gestellt worden ist. Der „demokratische Zeitungsdiener“, das offizielle Organ der demokratischen Partei, schreibt nun zu diesem Fall:

Der Ministerialdirektor Dr. Bagem ist von dem preussischen Finanzminister Dr. v. Richter zur Disposition gestellt worden. Bagem hat bereits vor längerer Zeit um seinen Abschied gebittet, weil er den neuen Kurs des volksparteilichen Ministers in der Abfindungsfrage der Hohenzollern nicht vertreten wollte. Es hängt an, fast ein Stundal zu werden, daß diese Frage noch immer nicht erledigt wird. Wenn auch ihre Schwierigkeiten nicht verkannt werden sollen, so liegt doch ein Grund nicht vor, daß sie immer auf demselben Fleck bleibt. Auch die Hohenzollern sollten bei ihren unangemessenen Ansprüchen berücksichtigen, daß jeder Beamte, der sich eines noch so geringen Verdienstes schuldig macht, mit seinem ganzen Vermögen für den entstandenen Schaden haftet. Daß die Politik Wilhelm II. Deutschland ruiniert hat, kann nämlich von niemandem bestritten werden. Wenn er nun auch nicht rechtlich zum Schadenersatz verpflichtet ist, wäre es Anstandslos für ihn, die Folgen seiner Handlungen bei seinen Geldforderungen irgendwie in Rechnung zu stellen. Auch wenn dabei Rechte aufgegeben werden müssen, die ihm formelljuristisch zustehen.

Dringt das preussische Finanzministerium mit seinem Standpunkt durch, wird nicht in der Öffentlichkeit gegen den offenkundigen Betrug dauernd Lärm geschlagen, dann wird das deutsche Volk nicht nur um Millionen, sondern um Milliarden geknöpft. Wir haben immer die einzig richtige Ansicht vertreten, daß die Abfindung der Hohenzollern keine juristische, sondern eine politische Frage ist. Aber selbst vom reinen Rechtsstandpunkt aus ist die restlose Entschädigung der Hohenzollernvermögen ein Gebot der Selbstachtung der Republik. Der demokratische Pressedienst weist ganz richtig darauf hin, daß die persönliche Schuld der Hohenzollern an Deutschlands wirtschaftlichem Niedergang, der durch den Krieg hervorgerufen wurde, einwandfrei festgestellt ist. Nach geltendem Recht hat aber jeder Verbrecher mit seinem gesamten Vermögen für den durch seine Taten angerichteten Schaden zu haften. Soll Wilhelm Hohenzollern, weil er einmal einen Thron schändete und ein ganzes Volk in den Abgrund „regierte“, anders behandelt werden? Also bitte keine juristischen Fäustlein! Die restlose Entschädigung der Hohenzollern ist politisch eine dringende Staatsnotwendigkeit und sie entspricht juristisch durchaus den Grundsätzen der Rechtspraxis. Ein volksparteilicher Minister, der, wie Dr. v. Richter, eingeseifteter Monarchist ist, wird freilich den Hohenzollern nicht wehe tun können. Was sagen aber die Rechtssozialisten zu ihren Koalitionsgeossen in der preussischen Regierung? Hier muß endlich Klarheit geschaffen werden. Es blickt dabei und muß immer wieder in die Welt geschrien werden, was unser Fraktionsredner kurz vor den Ferien bei der Besprechung des Finanzetats am Schlusse seiner Rede ausdrückte: „Nichtswürdig ist die Nation, der Landtag und der Finanzminister, wenn sie bereit sind, den Hohenzollern auch nur einen Pfennig zu bewilligen!“ Ein Minister aber, der sich, wie Dr. v. Richter, als Handlanger der Hohenzollern gebärdet, muß schleunigst hinweggefegt werden. Auch dies erheischt gebieterisch der Schutz der Republik!

2 Millionen Belohnung

(W. A.) Berlin, 24. Juli. Der Herr Oberreichsanwalt ersucht uns, der Presse mitzuteilen, daß eine Belohnung bis zu zwei Millionen ausgesetzt ist für die Ermittlung und Ergreifung von Personen, die Verdienste gegen Mitglieder der im Amte befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung oder einer Volksvertretung des Reichs oder eines Landes (Erordnung der früheren Minister Crasberger und Nathenau, Attentat gegen den Oberbürgermeister Scheidemann u. a.) verabredet oder sonst organisiert haben oder die solche Verabredungen oder Organisationen durch Geld oder sonstwie unterstützt haben, und daß die Entscheidung darüber, ob die Belohnung verdient ist, wenn sie gebührt und wie sie gegebenenfalls zu verteilen ist, endgültig durch den Oberreichsanwalt erfolgt.

Die Erschießungen auf der Flucht

Arbeit für den Staatsanwalt

Uns wird geschrieben:
Werden in Deutschland alle während der Unruhen begangenen Straftaten geklärt? Darüber will ich hier kurz einige Zeilen niederschreiben, die ich genau prüfen lassen möchte. Und zwar handelt es sich um einen 1919 in Halle a. d. Saale vorgekommenen Fall: Im März 1919 während des Belagerungsauflandes stand u. a. in der Presse zu lesen, daß der Arbeiter Pludra erschossen auf der Straße aufgefunden wurde. Hingefügt war noch, daß er „durch eine verirrte Kugel sein Leben habe lassen müssen“. Die nun diese verirrte Kugel ausfah, will ich hier kurz schildern: Pludra war Mitglied der U.S.P.D. Das erste, als das Freikorps Halle gegründet war, daß man Pludra eines Abends verhaftete, und zwar waren es Mitglieder der 2. Streifkompagnie des Freikorps Halle, die in der Brotfabrik von Schubert, Merseburger Straße, lagen. Das Freikorps unterstand dem Befehl des Grafen Westarp (dem Sohne des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten, D. Red. d. Freiheit). Es war dem Landesjägerskorps unter Leitung des Mittelmeisters Dreher angegliedert. An der Verhaftung von Pludra wirkten außer einigen mir nicht bekannten Mitgliedern der Streifkompagnie u. a. mit:

der Oberleutnant Kornalewski vom Feldartillerieregiment 46;

der Führer der Streifkompagnie Hubert alias Roth

und der Freiwillige, Hans Henseling vom U.S.P.D.

Unter dem Schutze des Belagerungsauflandes wurde Pludra nach dem Quartier der Kompagnie geschafft, hier von Kornalewski und Roth über die Stärke und Einteilung der in Halle erst kürzlich gegründeten R.P.D. vernommen. Anwesend bei dieser Vernehmung war auch der Leutnant Schubert Fea. 14, jetzt Mitinhaber der Brotfabrik Schubert. Nachdem Pludra vernommen war, wurde er erst einige Zeit unter Bewachung gehalten und dann abermals vernommen.

Nachdem trat Roth mit Kornalewski zu einer Beratung zusammen.

Einige Minuten später kam Roth wieder und übergab Pludra seinem Adjutanten, dem Freiwilligen Hans Henseling, mit dem Bemerkten, Pludra wegzuschaffen, da Pludra bekanntlich nach 9 nicht allein auf der Straße gehen durfte. Nach ungefähr einer Viertelstunde kam Henseling wieder zurück. Am anderen Morgen wurde Pludra in der Liebenauer Straße erschossen aufgefunden.

Bis zu meiner Ende März Rathgefundenen Verhaftung wußte niemand etwas von einer Verhaftung Pludras. Ich habe später dem Untersuchungsrichter

Professor Dr. Strauß

Mitteilung davon gemacht. Es wurde ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt (!!) eingeleitet. An die Öffentlichkeit ist auch nie etwas davon gedrungen, daß Pludra verhaftet worden war. Ich habe von meinen Angaben nie wieder etwas gehört. Auch hat nie eine Gegenüberstellung mit den von mir angegebenen Persönlichkeiten stattgefunden.

Anlässlich des Prozesses gegen den Landtagsabgeordneten Otto Kilian (U.S.P.) kam der

Oberstaatsanwalt Dr. Mosler

zu mir in die Balle, und es kam zu einer erregten Aussprache. Im Laufe dieser kamen wir auch auf den Fall Pludra zu sprechen. Ich fragte ihn, warum denn in dem Fall Pludra keine Aufklärung käme. Er sollte doch gegen uns ein Ermittlungsverfahren einleiten, dann komme schon die Wahrheit an den Tag. Die Antwort darauf war: „Ein Ermittlungsverfahren gegen Sie oder einen anderen kann ich nur einleiten, wenn ich in Ihnen den Täter sehen würde. Aber ich weiß ja, wie die ganze Sache ist und weiß auch, wer Pludra weggebracht hat. Aber lassen Sie nur die Rechnung weiterbestehen, Pludra ist „durch eine verirrte Kugel“ getroffen. Warum alten Dreck aufwirbeln.“

Erwähnen will ich noch, daß bis zur Liebenauer Straße, wo Pludra gefunden wurde, von der Brotfabrik Schubert u. Sohn ungefähr 15-18 Minuten sind, während es bis zur Wohnung Pludras annähernd dreiviertel Stunde ist. Pludra wurde bei seinem Abtransport aus der Brotfabrik nicht zum vorderen Ausgang der Fabrik fortgeführt, sondern zum hinteren Ausgang über die Felder.

Ich werde mich nach dem Polizeipräsidenten begeben und bis zur reiflichen Aufklärung meiner bisherigen Veröffentlichungen in Schutzhaft verbleiben, da ich mich vor den fortgeschrittenen Nachstellungen der Mörderorganisationen sichern will.

Helix Glans, Seit
ehemaliges Mitglied der Organisation O
Nr. 341

Von der Blüte der Nation

Liebesleben in der Ewigkeit

Am 7. Juli beginnt vor dem Schwurgericht in Gent ein Prozeß, der sich mit der Ermordung des belgischen Grafen Udeko d'Acos durch deutsche Offiziere zu beschäftigen haben wird und der schon einmal während des Krieges vor dem deutschen Feldkriegsgericht in Brüssel verhandelt wurde. Unter Anklage stehen der damalige Mittmeister Freiherr v. Gagen und der Prinz von Stolberg-Berningerode-Wölar. Die beiden sollen im Frühjahr 1915 dem belgischen Grafen, mit dessen Frau der Angeklagte Mittmeister ein Verhältnis unterhielt, von seinem Schloß abgeholt haben, mit der Motovierung, Herzog Adrecht von Württemberg, der Führer der 4. Armee, wünsche ihn zu sprechen. Der Graf folgte dieser Aufforderung. Im Walde erklärte ihm der Freiherr v. Gagen, einer von ihnen sei zu viel auf der Welt. Ein Duell müsse darüber entscheiden, wer am Leben bleiben solle. Man zerriß den Grafen aus dem Wagen, drückte ihm eine geladene, aber unbrauchbare Pistole in die Hand und knallte ihn dann in äußerster brutaler Weise nieder. Die Leiche wurde im Walde verscharrt.

Im Februar 1917 kam der Fall vor das Feldgericht in Brüssel. An den Verhandlungen nahmen 22 Kriegsgerichtsräte und ein besonderer Vertreter des Kaisers teil. Das Gericht erkannte gegen Gagen auf Todestrafen, während man den Prinzen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte, die er natürlich bis heute noch nicht abgelesen hat.

Der Vorfall zeigt, mit welcher Habsicht und Brutalität die „Blüten der Nation“ im Krieg gehäuft haben. Während sich draußen im Schlagengraben die Soldaten „für Kaiser und Reich“ zusammenschließen lassen mußten, hatten einige der hohen Herren dumme Strapazen und Weibergeschichten im Kopf und knallten ihren Mitosen, der ihnen nicht freiwillig geben wollte, was ihnen nicht gehörte, in der gemeinsten Weise nieder, wie sie es heute noch mit ihren politischen Gegnern tun.

Der Konflikt mit Bayern

Die Haltung Bayerns gegenüber dem Reichsschutzgesetz wird jetzt in Kreisen der Reichsregierung ernstlich angezweifelt, als es bisher der Fall war. Man wird sich in Bayern nicht wundern dürfen, wenn es sich durch das Bestreben, die Schutzgesetze, deren Rechtsgültigkeit kein Gericht anzweifeln kann, dem Vorwurf aussetzen wird, es handle aus Beweggründen, die ein gewisses Schuldbewußtsein erkennen lassen, zumal Bayern eine Reichskriminalpolizei nicht anerkennen will. Das Reichskabinett hat sich wiederholt mit der Frage befaßt, und es wird, wie wir hören, beabsichtigt, die Führer der Reichstagsfraktion zu einer Besprechung über die Lage einzuladen. Es wird auch mit der Möglichkeit einer Einberufung des Reichstags zu rechnen sein.

(D.N.) Berlin, 24. Juli. Das Reichskabinett hat sich heute ausführlich mit der innerpolitischen Lage und mit den Verhältnissen in Bayern beschäftigt. Eine amtliche Mitteilung über die Verordnung der bayerischen Staatsregierung lag noch nicht vor, das Kabinett war lediglich auf Zeitungsnachrichten und private Mitteilungen angewiesen. Die Lage in Bayern scheint auch, wie die „Dena“ erfährt, noch keineswegs geklärt. Rein juristisch wäre der Weg, den die Reichsregierung zu gehen hätte, falls Bayern wirklich zum Erlaß einer besonderen Ausnahmeverordnung schreite, der folgende: Der Reichstag müßte sofort einberufen werden und seinerseits die Aufhebung der von der bayerischen Regierung erlassenen Ausnahmeverordnungen beschließen. Auf Grund dieses Reichstagsbeschlusses würde dann der Reichspräsident die Aufhebung der bayerischen Landesregierung verfügen. Gleichzeitig allerdings hat das Reich die Möglichkeit, beim Obersten Reichsgericht eine Entscheidung zu beantragen, ob überhaupt die bayerische Verordnung, die sich gegen das Reich richtet, zulässig ist. Diese juristischen Erwägungen sind jedoch erst in zweiter Linie von Bedeutung, da es sich um eine ausgesprochen politische Frage handelt, denn selbstverständlich ist man in Berliner politischen Kreisen allgemein der Überzeugung, daß es sich um eine politische Demonstration der bayerischen Regierung gegen die Reichsregierung handelt, und daß das politische Problem darin besteht, ob es der Reichsregierung gelingt, ihre Autorität auch gegenüber der bayerischen Landesregierung zu wahren.

Die Haltung der Parteien

Der Bayerische Bauernbund ist gestern zu einer entscheidenden Sitzung zusammengetreten. In der Bauernbund ebenfalls gegen die Reichsregierung, so dürfte eine Neubildung der bayerischen Regierung unter Ausschaltung der Demokraten und Neuorganisation der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei stattfinden. Im andern Falle soll eine Landtagsauflösung und Neuwahl erfolgen. — Ueber die Deutsche Volkspartei wird der „Tägl. Rundschau“ aus München gemeldet: Die Entschlieung der Deutschen Volkspartei in Bayern ist sehr umfangreich und um deswillen pikant, weil in ihr die Abhimun der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei zur Reichsregierung als unzulässig mißbilligt wird. Die Volkspartei Bayerns, die also in diesem Falle den Kurs Stresemann nicht mitmachen, erklären sogar ausdrücklich, daß sie nicht wollen, daß dieser Weg weitergegangen werde.

Die Sozialisten sind ebenfalls gestern vormittag zu entscheidenden Sitzungen zusammengetreten. Sie fordern Durchführung der Ausnahmeverordnungen des Reiches in Bayern oder Auflösung des Landtages.

Zum Verbrechen noch der Hohn

Die „Bayerische Volkspartei“ erläßt einen Aufruf, indem es in höhnischer Weise heißt:

Wir wollen keine Separation vom Reich, keine Feindschaft zum Reich. Wir wollen nie und nimmer aus dem Reich heraus. Wir haben keine monarchischen und reaktionären Hintergedanken. (!) Wir wollen nur eines: Bayern als Staat retten und es als lebensfähiges Glied des Deutschen Reiches erhalten. Noch eines wollen wir: Der schwerwiegendsten bürgerlichen Freiheit und der schwerwiegendsten Demokratie einen Dienst erweisen. Wie man die Dinge auch betrachtet, von einer Krise kann nicht gesprochen werden, da Bitterarbeit vorhanden ist und schließlich die Entwicklung der Dinge einer Hwanakläuflichkeit folgen muß, die sich aus der Bitterarbeit ergibt.

Bayerns „Schutz“ der Republik

Der in München unachindert erscheinende „Bölkische Beobachter“ vom 19. Juli enthält folgendes Inserat:

„Studenten!

Nationalsozialistische Studenten, nationalvölkische und „rechtsradikale“ Kommilitonen, und Ihr

Ein Dorf gesucht

Von der Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums geht eine Mitteilung aus, die offenbar nicht für uns bestimmt war, da sie Dinge berichtet, die gar nicht in der „Freiheit“ gestanden haben. Aber eines entnehmen wir sehr daraus, nämlich, daß man „das Dorf sucht“, in dem nach Mitteilung einiger Berliner Blätter ein Postbeamter es abgelehnt hat, nach 7 Uhr 10 Minuten noch eine wichtige, die Suche nach den Rathenau-Mördern betreffende Mitteilung nach Berlin durchzugeben. Hoffentlich wird dieses Dorf bald gefunden, damit man den „Saboteur“ gehörig zur Rechenschaft ziehen kann.

Heljas hinter Schloß und Riegel

Die letzten Veldenshändchen der nationalistischen Terrorbanden in Ungarn, ihr erneuter Einfall in das Burgenland, hat die ungarische Regierung veranlaßt, einmal etwas ernster als es bisher geschah, gegenüber diesem Treiben nach dem Rechte zu stehen. Einer Mitteilung aus Budapest zufolge verholte die Polizei wegen einer geplanten Wundbewegung in Westungarn ungefähr hundert Banditen, darunter zahlreiche Angehörige der ehemaligen Wundgelarmee. Auch wurden 300 Beweise beschlagnahmt. Ferner wurde der Wundführer Heljas verhaftet und der Staatsanwaltschaft eingeliefert.

Heljas hat unter der Gorbis-Regierung in Ungarn eine unheilvolle Rolle gespielt. Er hat zahlreiche Menschenleben auf dem Gewissen und viele Verbrechen begangen, für die

alle, auf welche die Bezeichnung „radikalvölkisch“ zutrifft, kommt am nächsten Sonntag, den 22. Juli, 8 Uhr nachmittags, zu einer Zusammenkunft in das Nebenzimmer des Gasthauses „Austria“, Färkertstraße 39. Jrgendwelchen Anweis mitbringen, aus dem sich die völkische Gesinnung schließen läßt.“ (!!)

Ueber die Verhältnisse an der Würzburger Universität, die den deutschvölkischen Studenten nur den Schutz der bayerischen Republik gewährt, wird folgendes in der Presse mitgeteilt: Die gesamte Würzburger Korpsstudentenschaft ist vollkommen militärisch durchorganisiert. Es stehen zwei mit etatsmäßigen Offiziersstellen besetzte Bataillone. Die Organisation hält regelmäßige Tag- und Nachtübungen mit Gaszer Munition ab. So gar eine den Bataillonen angegliederte „Kampffliegerstaffel“ besteht.

Vor einem Staatsstreich?

Das Organ der christlichsozialen Partei (Zentrumspartei in Bayern) „Das neue Volk“ in Würzburg, veröffentlicht noch deutlicher als die mehrheitlichsozialistische „Münchener Post“ in Heftdruck folgende

Warnung vor einem Staatsstreich.

„Unsere Warnung in letzter Nummer war zu berechtigt! Wir stehen in Bayern vor der Entscheidung. Die Regierung Perchenfeld, zu schwach, den abnehmenden Treibern entgegenzutreten, kann vor schweren Ueberrassungen nicht bestehen. Fanatische Geheimbündler und politisch verirrte Köpfe planen dieser Tage Aktionen, welche die schwersten Verwicklungen bringen können. Es geht um den Bürgerkrieg, um den Bestand des Reiches und Bayerns. Wir warnen vor Unbesonnenheit und rufen alle Republikaner auf, auf der Wacht zu sein. Wir verlangen von der Reichswehr Reichstreue, klare Stellungnahme und strikten Gehorsam den Befehlen des Reichswehrministeriums. Es geht um das Ganze.“

Auch der Bayerische Bauernbund gegen das Reich

(B. Z. B.) München, 24. Juli. Der Landesvorstand des Bayerischen Bauernbundes hat in seiner heutigen Sitzung die folgende Entschlieung angenommen: „Der Bayerische Bauernbund steht seit seiner Begründung auf dem Boden des Föderalismus und hat diesen seinen Standpunkt nach der Umwälzung von 1918 und bei der Abstimmung über die Verfassung in Weimar beibehalten und zum Ausdruck gebracht. Er hat wegen der Preisgabe namentlich der Hoheitsrechte der einzelnen Staaten in Weimar gegen die Verfassung gestimmt.“

„Ansprüche der unerkennbaren Bestrebungen zur Befestigung der republikanischen Staatsform und ihrer Träger hält er eine entschiedene Abwehr der sich aus diesen Bestrebungen ergebenden Gefahren für dringend notwendig.“

Zu seinem Bedauern hat das vom Reichstag und Reichsrat angenommene, diesem Zweck dienende Gesetz eine Form erhalten, die einen Eingriff in die bundesstaatlichen Hoheitsrechte bedeutet. Er billigt daher alle verfassungsmäßig zulässigen Bestrebungen der bayerischen Regierung, die geeignet sind, den vom Reichstag und Reichsrat angenommenen Gesetzen ihre die bundesstaatlichen Hoheitsrechte bedrohende Wirkung zu nehmen. Dabei hebt er ausdrücklich hervor, daß er die Treue zum Reich und die Einheit des Reichs unter keinen Umständen preisgeben wird.“

Was soll der Quatsch?

Die „Note Gabne“ äußert sich zum Vorgehen der bayerischen Regierung:

„Die Arbeiter müssen die Gefahr erkennen, die von Bayern ausgeht. Ihr Druck war nicht stark genug, um ihre Führer vor dem Berrat des Kampfes gegen die Reaktion zurückzuführen. Sie müssen schärferen Druck anwenden, damit das Zeichen gegeben werde zur planmäßigen Niederrückung der bayerischen und damit der gesamten deutschen Reaktion.“

„Druck“, „schärferer Druck“, „planmäßige Niederrückung“ — ob sich die Kommunisten bei diesen dummen Redensarten wohl auch etwas denken? Sicherlich ebensowenig, wie bei einer anderen Note über die Zusammenhänge in Gladbach, wo sie es fertig bekommen, für die Ermordung des Jugendgenossen die — U.S.P. und U.S.P. verantwortlich zu machen!

Die endgültige Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik ist folgende: Den Vorsitz führt Senatspräsident Dr. Baen, sein Stellvertreter ist Senatspräsident Richter. In Mitglieder des Staatsgerichtshofes wurden Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten und Reichsgerichtsrat Dr. Reiffel ernannt. Zum Untersuchungsrichter im Landgerichtsdirektor Alden vom Landgericht Frankfurt am Main bestellt.

er nach den Strafgesetzen an den Galgen kommen müßte. Gleichzeitig mit der Verhaftung des Oberleutnants Heljas ist auch der reaktionäre Abgeordnete Gyra für einen politischen Verhör unterworfen worden. Das Ministerium des Innern hat vom Parlament seine Auslieferung verlangt. Gegen Heljas soll Anklage wegen Landesverrat erhoben werden.

Zum Deutschen Bevollmächtigten für Arbeitsfragen in Oberösterreich hat die Reichsregierung den früheren Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium Dr. Max Traub ernannt. Dr. Traub ist Oberösterreicher und aus seiner Tätigkeit im Reichsarbeitsministerium mit arbeitsrechtlichen Fragen vertraut.

Unabhängige Bundesgenossen. — Der „Reichslandbund“, das Nachrichtenblatt der Bundeszentrale, drückt in seiner neuesten Ausgabe alle Namen derjenigen Abgeordneten ab, die gegen die Getreibeumlage gestimmt haben — aber merkwürdigerweise nur die bürgerlichen Abgeordneten. Die Kommunisten, die dazwischen lagen, werden nicht einmal erwähnt. — Undank ist der Welt Lohn!

Deutsch-englische Friedensfundgebung in Berlin. Die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend und das Christliche Grob-Berlin des NW-Bundes in Gemeinschaft mit den Bezirksorganisationen der SPD und U.S.P. veranstalten am Sonntag, den 30. August, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichsbain, eine Friedensfundgebung, in der eine Anzahl englischer Arbeitervertreter und Parlamentarier sprechen werden.

Groß-Berlin

Rechts- und Steuerfragen Wie man Steuern erspart

Außer den treuen Haus- und Geschäftsfrauen sind vielfach in unierten Kleinhandelsgeschäften auch Söhne und Töchter mittätig, die schon von ihrer Kindheit an gelernt haben, gelegentlich mit zuzugreifen, wo es nötig war und ihre Kräfte ausreichend erschienen. Nachdem sie herangewachsen und vielleicht auch schon in andern Betrieben tätig gewesen sind, bilden sie für die Eltern im Geschäft eine gute Hilfskraft, für die meist eine feste Bezahlung nicht ausreicht wird. Wie in dieser Beziehung verfahren werden sollte, wird in den „Nachrichten“ der Handelskammer in Halle mit folgenden Ausführungen gezeigt:

„Unter der Voraussetzung, daß man mit den Angehörigen feste Gehälter (am besten wohl unter Benutzung des am Orte gültigen Tarifvertrages, auch unter Festsetzung der „freien Station“) vertraglich vereinbart, ist man berechtigt, diese Beträge bei der Feststellung des Einkommens und der Gewerbesteuerveranlagung als Handlungskosten in Abzug zu bringen. Dagegen dürfen freiwillig den Angehörigen gewährte Beträge nicht abgezogen werden. Nur die Tätigkeit der Ehefrau wird zweckmäßig nicht abgezogen, da Ehegatten zusammen zur Einkommensteuer veranlagt werden; allerdings kann man, wenn durch die Beschäftigung der Frau im Geschäft die Anstellung von Hauspersonal in der Privatwohnung nötig wird, die Mehrkosten für dieses abrechnen. Kinder des Inhabers werden, auch minderjährige, gesondert zur Einkommensteuer veranlagt, wenn sie ein eigenes Arbeitseinkommen haben: Daher sind sie ausdrücklich als Handelsgeschillen anzustellen, wobei natürlich auch die Versicherungsbeiträge zu zahlen sind und der Steuerabzug vorzunehmen ist. Dieser Steuerabzug ist natürlich wesentlich geringer, als die Mehrsteuern, die der Vater als Geschäftsinhaber zu zahlen hätte, wenn er nicht die Beträge des Gehalts usw. für die Tochter von seinem Einkommen abziehen würde.“

Man kann auch Steuerersparnisse durch Aufnahme der Kinder des Geschäftsinhabers als Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft erzielen. Da bei der offenen Handelsgesellschaft die Erträge auf den einzelnen Inhaber verteilt werden, hat jeder von ihnen ein kleines Einkommen, also werden, hat jeder von ihnen ein kleines Einkommen, also werden, hat jeder von ihnen ein kleines Einkommen, also werden, hat jeder von ihnen ein kleines Einkommen, also werden...

Lehrlinge und Lehrladchen zum Oktobertermin

Nach den arden Ferien beginnen erfahrungsgemäß Eltern und vor der Schulentlassung stehende Anaben und Mädchen eifrig mit der Suche nach geeigneten Lehrstellen zum 1. Oktober. Die Berufsämter erweisen sich in dieser Zeit besonders lebhaften Anspruchs von Rat- und Lehrstellen-suchenden. Meist haben aber die Lehrherren des Handwerks, der Industrie und des Handels zu dieser Zeit ihre zum Oktober freiwerdenden Lehrstellen noch nicht gemeldet, und Eltern und Stellenjuchende müssen auf später vertrösten werden. Eine möglichst frühzeitige Lehrstellenmeldung läge aber im Interesse der Lehrherren, ebenso wie in dem der jungen Berufsanfänger beiderlei Geschlechts, damit sich nicht der ganze Ansturm von Stellenjuchenden auf die Zeit unmittelbar vor und nach der Schulentlassung zusammendrängt. Das Landesberufsamt Berlin in bittet daher alle Lehrherren, schon jetzt ihren Bedarf an Lehrlinginnen und Lehrladchen zum 1. Oktober d. J. zu melden (schriftlich oder telephonisch) und zwar: Für die Verwaltungsbezirke 1-6 an das Berufsamt Berlin N. 24, Oranienburgerstr. 54. Telephon

Norden 2186 Hausanruf 124 und 146. Verwaltungsbezirk 7 an das Berufsamt Charlottenburg, Berlinerstr. 81, Amt Wilhelm 7900. Verwaltungsbezirk 8 an das Berufsamt Spandau, Marktstr. 6 Magistrat Spandau 415, 465. Verwaltungsbezirk 9 an das Berufsamt Wilmersdorf, Bodenseestr. 43/44, Magistrat Wilmersdorf. Verwaltungsbezirk 11 an das Berufsamt Schöneberg, Winterfeldtplatz (Baracke) Amt Stephan 2380-2385. Verwaltungsbezirk 14 an das Berufsamt Neukölln, Erfur. 28, Amt Neukölln 1522 und 607. Verwaltungsbezirk 17 an das Berufsamt Nichtenberg, Schreiberhauer Str. 2, Amt Nichtenberg 1283. Verwaltungsbezirk 20 an das Berufsamt Reinickendorf, Wittenstraße 48, Amt Reinickendorf 1320-1325. In den übrigen Verwaltungsbezirken Berlins bestehen zurzeit noch keine selbständigen Berufsämter. Die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung wird dort vom Berufsamt Berlin in besonderen Sprechstunden mitbesorgt. Lehrstellenmeldungen nehmen jedoch auch in diesen Bezirken die Bezirksarbeitsämter entgegen, und zwar: Bezirksarbeitsamt Zehlendorf, Hauptstr. 38, Amt Zehlendorf 1201-1208 Nebenleitung 22. Bezirksarbeitsamt Steglitz, Schlossstr. 36, Amt Steglitz Rathaus 900-910. Bezirksarbeitsamt Tempelhof, Dorfstr. 42, Amt Südruhr 790-806 Hausanruf 88. Bezirksarbeitsamt Treptow (Johannisthal, Börsenplatz 1) Amt Oberhohenschönweide 1193-1199. Bezirksarbeitsamt Köpenick, Nützenstr., früh. Rath. Gemeindefchule, Amt Köpenick, 648 App. 33-36 und 39-41. Bezirksarbeitsamt Weichensee, Streufstr. 35/38, Amt Weichensee 400-404. Bezirksarbeitsamt Pankow, Breite Straße 1, Amt Pankow 480.

Der neue Stadtbahnwagen

Seit längerer Zeit sind im Reichsverkehrsministerium und bei anderen zuständigen Stellen, wie im Eisenbahn-Zentralamt, Arbeiten aufgenommen worden, die darauf hinstreben, einen neuartigen, den Anforderungen des Berliner Massenverkehrs genügenden Wagen, den Einheits-schnellbahnwagen zu konstruieren und durchzuführen. Hinsichtlich der Platzanordnung sind alle auch nur erdenklichen Formen der Grundrissgestaltung geprüft worden, vom Wagen, der nur Längsseiten, also Bänke an den Wagen-seiten enthält, bis zu den Grundrissen mit Längs- und Querseiten (jetziger Stadtbahnwagengrundriss). Eine haben alle Entwürfe gemeinsam: die Schiebetür, die einen anerkannten Vorteil gegenüber den Drehüren hat, sie kann beliebig breit gebaut werden. Die Drehür wird also auf der Stadtbahn wahrscheinlich der Schiebetür weichen.

Jetzt taucht eine neuartige Bauart auf, die ein Mittel-ding darstellt zwischen einem D-Zug und einem Hochbahn-wagen, einem geräumigen, breiten Wagenkasten der in Bahnsteighöhe den Ausbuden hat und ohne Treibbrett an die Bahnsteigkante anschließt. Lichte und weite Fenster, die den Ueberblick über den Wagen von unten erleichtern, hohe Rückenlehnen einer möglichst großen Anzahl von Sitzplätzen, die daneben auch noch genügend Raum für stehend beförderte Reisende lassen, und das Originelle an dem Wagen, zwischen den Wagen ein Uebergang mit regel-rechten Böden, in denen zur Not auch noch Reisende einen, wenn auch nicht gerade angenehmen, Stuhlsitz finden können. Diese Bauart des Wageninneren soll den Austausch der Reisenden erleichtern und eine möglichst gleich-mäßige Verteilung der Reisenden herbeiführen. Noch eine weitere Neuerung enthält dieser letzte Entwurf, der auch auf einer enalischen Untergrundbahn sich an bewährt haben soll: der Zug ruht nur auf Drehscheiben, die einen leichten und ruhigen Lauf des Wagens sicherstellen. Die Motor-wagen sind mit einem Drehgestell ausgerüstet, welches die Motore aufnimmt. Das andere Ende des Wagens und das anstößende Ende des nächsten Wagens haben ein gemein-sames Drehgestell, wodurch ein Anpressungszwischenraum er-zwart wird, das Platzangebot wird entsprechend größer, und daneben wird für jeden Wagen eine Achse erspart, also Reibung vermindert und damit Kraft gespart.

Selbstverständlich sieht diese Bauart in der Theorie verlockend aus. Wird aber ein Motor defekt, so bedeutet dies die Ausfaltung eines ganzen Zuges aus dem Verkehr, längeren Aufenthalt auf der Strecke und damit wesentliche Störungen des Betriebes. Daher ist ein weiterer Entwurf

entstanden, der nur immer je zwei Wagen zu einer Ver-kehrseinheit aufammenbringt und der den Vorteil hat, innerhalb kurzer Zeit eine Auswechslung der Wagen zu ermöglichen. Troh Ersparung von Zugachien wird bei dem Entwurf auf den Vorteil der Drehgestelle nicht verzichtet; ob aber die Lösung glücklich ist, muß der Versuch ergeben. Daher soll auch nach dieser Bauart ein Probezug erbaui werden.

Die zur Ausführung bestimmten verschiedenen Bau-arten sollen auf der Stadtbahn praktisch erprobt werden und damit die Möglichkeit eines Vergleiches zwischen den ein-zelnen Bauarten, ihrer Vor- und Nachteile im Massenver-kehr, geschaffen werden. Ferner sollen auf bestimmten Bahn-höfen im Laufe der Zeit eine Reihe von Filmaufnahmen ge-macht werden, so daß die Bewegungen und die Wege der Reisenden beim Aus- und Einsteigen genauehends festge-stellt werden können. Kann wohl gründlicher gearbeitet werden?

Vom Wohnungswucher

Uns wird geschrieben: Auf ein Inserat in einer Tageszeitung nach 2-3 möblierten Zimmern erhielt ich unter andern folgendes Angebot:

Charlottenburg, Bismarckstr. 114, den 15. Juli 1922.

Bezugnehmend auf Ihr Inserat im heutigen Berliner Lokal-anzeiger offerierte ich Ihnen einen Teil meiner möblierten Wohnung, 3 Vorderzimmer, jeglicher Komfort ist vorhanden. Zur näheren Beschreibung bin ich nach vorh. telephon. Anmel-dung (Steinplatz 11472) bereit. Hochachtungsvoll gez. E. Hoepfle.

Bei telephonischem Anruf erfährt man dann, daß der Mann für diese Zimmer pro Monat Mark Zehn-tausend verlangt. Das ist nur ein Fall unter vielen. Wie wäre es mit einer Höchstmietverordnung für „möblierte Zimmer“, wonach jedem, der die Ver-ordnung übertritt, mit Zwangsquartierung bzw. mit Enteignung der überzähligen Wohnräume jeglicher Wohnungswucher gründlich verleidet wird?

Der „geisteskranke“ Skandalblattverleger

Ein Erpressungsprozess, dessen Vorgeschichte schon mehrfach die Öffentlichkeit beschäftigt hatte, sollte gestern, wie mitgeteilt, vor der Reichsstrassammer des Landgerichts I zur Verhandlung kommen. Angeklagt war der mehrfach vorbestrafte Zeitungverleger und Privatdetektiv Artur Reil, der vom Schöffengericht unter Zugrunde-legung folgenden Sachverhalts zu 1 Jahr Gefängnis wegen versuchter Erpressung verurteilt worden war. Vor einiger Zeit erschien in der Wohnung des Bankdirektors und Mitteilers a. d. M. ein junger Mann und gab an, er sei bei dem jetzigen Angeklagten Reil, dem Herausgeber der „Neuesten Nachrichten“, tätig und haben zufällig gehört, wie dieser einen Artikel in die Schreibmaschine diktierle, in welchem behauptet werde, daß in der Wohnung des Bank-direktors „naturalistische“ Tänze von einem 14jährigen Mäd-chen aufgeführt worden seien. — M., welcher den Charakter der Reil'schen Zeitung als Revolverblatt schätzte, Art konnte, vermutete sofort einen Erpressungsversuch und be-nachrichtigte sofort den Kriminalkommissar Dr. Kopp, den Spezialbesermenten für das Erpressertum beim Polizei-präsidentium. Im Laufe der weiteren Verhandlungen trat auch der Angeklagte Reil in Aktion, welcher wie der Zeuge M. be-fundete, indirekte Geldforderungen, für Ablegen des ange-blich schon fertigen Stiles usw. stellte. Das Schöffengericht erblidete hierin einen recht verwerflichen Erpressungsversuch und kam zu einer Verurteilung. Dagegen legte Reil Be-rufung ein. Das Gericht hielt die vom Referendar Dr. Beerwald geladenen Sachverständigen, Sanitätsrat Dr. Max Edel und Gerichtsmedizinalrat Dr. Durenfurth den Angeklagten, der u. a. den Kriminalkommissar Dr. Kopp als „Vertrauensmann des Verbandes Berliner Kupplerinnen“ beim Polizeipräsidenten, Minister und Staatsanwalt

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzjamer.

(1. Fortsetzung.)

Dann sprach die Alte wieder dagegen. Die Klar verstand sie nicht. Und nun gingen Großmutter und Enkel langsam den Hof durch nach dem Garten zu. Aber ehe sie die Visbeth ganz abwendete, trat ein Lüstchen ihre Stimme zu der Klar her, und das letzte Wort der Alten wurde dem horchenden Ohre deutlich: — wenn du alt bist, Klar!

Großmutter und Enkelin spielten zusammen auf dem Rasen. Das Kind pflückte Gänseblümchen und trug sie der Großmutter zu. Hoch über ihnen stand die Fichte in dem Garten der Visbeth, ganz still und feierlich. Durch das grüne Laub der Obstbäume strich leicht der Wind. Der Apfelbaum streute Blüten. Lauter schallten die Spatzen. Ein Glodenton. Es läutete zur Wandlung. Die Klar wandte sich ab und sah ins Feld hinaus. Man sah das Adru wagen, man sah die Beiden in den Wiesen wehen, die Verten der Pappeln schwanen. Der Reuberg, die Platte, die Wingerie der Hölle. Die zarte Hügellinie, die den geschlängelten Bielengrund begleitete, um sich da hinten, nach der schmalen Lücke, zum Rund zusammenzuschließen. Rund ums Dorf und um den Talleffel grüne Neben-hänge. Und da hinten in der Lücke, da sah sie die Eulenmühle. Ihren weißen Giebel mit dem Fenster oben, ganz klar das Dreieck — mit dem hohen Schorn-stein, der so kräftig aus dem Dache herauswuchs. Mit dem breiten runden Apfelbaum rechts davor, der wie eine weiße Kugel ansah. Wie schön und greifbar das heute dalag. Ganz nahe und ganz still. So hatte es die Klar noch nie gesehen. Und wie oft hatte sie wie heutzutage schon hier auf der Treppe gestanden.

Die Visbeth — das fiel ihr jetzt grad so ein — ... und wenn du alt bist!

Ja, ja, man muß alt sein, wenn man sein will wie sie.

Die Klar warf sich in die Brust. Sie sah gespannt nach der Eulenmühle hin.

Was ging sie die Eulenmühle an! Aber es hielt sie doch fest. Die Wellen der Hügel, zwischen denen ihr

dreieckiger Giebel stand, und die Kugel des Apfelbaums, die weiß war von lauter Blüten. Jetzt quoll der Rauch unter dem Schornstein hervor. Die Eulenmüllers konnten auch ihre Kirche daheim halten. Die hatten den Herrgott ganz nahe, und ganz weit, nicht eingesperrt. Wie sie ihn gerade brauchten. Bis hin-auf zum Himmel — und breit hier übers Land hin. Ueber die Wiesen, über die Felder, über die Wingerie, übers Dorf, bis wieder zu den Hügeln. Und die waren still allein da draußen, die störte niemand. Denen stapfte nicht jeden Morgen der Stangin ihr Klumpfuß vorm Fenster, die wurden nicht verflucht von Haus zu Haus bis zur Kirchentreppe. Das Helle im Gesicht der Klar verschwand einen Augenblick. Sie presste die Lippen zusammen. Und ihr Kaiser. Wenn sie den nicht hätte!

Aber nun war's schon vorbei damit. Ihre Lider gingen höher.

Die alte Visbeth und das Land hier, auf dem sie daheim war — das drängte sich ihr so heiß in die Brust, als rühre sich's unter ihrem Herzen. Das Blut schöp ihr in den Kopf. Nein, unter ihrem Herzen rührte sich's nicht mehr. Von dem Mann — nun und nimmer-mehr. Und sie sah viel weiter hinaus, als sie wirklich sehen konnte, und in ihr wurde es klar und hell, und ganz gewiß.

Auf der Pariser Chaussee unten bewegten sich die Fuhrwerke. Es war laut geworden. Die Kirche war nun aus. Teilnahmslos sah die Klar die Wagen unten am Ende der Gärten die Kurve durchfahren und dann längs die Chaussee weiterlaufen, getreut im Galopp die Pferde, rappend die Wagen. Rufe und Rieder. Das Dorf war belebt. Die Leute gingen nun dranhin am Hauie vorbei. Die Klar hörte und achtete nicht drauf. Es war ganz still in ihr geworden. Kein Kind mehr unter ihrem Herzen von dem Mann — aber alles für ihren einzigen, ihren Philipp. ... wenn du alt bist, Klar. Da heraus aus dem Zieglerleben, her-aus aus der Zieglergah. Sie wollte schaffen, daß ihr die Knochen brachen — nur heraus. Für den Philipp. Daß er nicht mal in die Zieglerhüt' zu gehen brauchte, daß er was war, wenn er groß war. Farrer oder Schullehrer, was er wollt'.

Da stand der Philipp neben ihr. Sie guckte ihn an. Die Jacke zu eng, die Hosen zu kurz, die Stiefel kloßig. „Kerl“, sagte sie in ihrer barischen Art und mit ihrer rauhen Stimme, „du schießt ins Kraut. Wo willst du denn noch hinaus! Bis du zum Nachtmahl gehst, bist du lang wie ein Bellenbaum. Und 's wird noch zwei Jahr' bis dahin. Zwölf, dreizehn, vierzehn, da hab'n wir's. Wie die Zeit herum geht. Alt wird man, und eines Tags ist man krumm und müd.“

„Mutter, was ist denn euch?“ sagte der Bube.

„Was mir is? Alles und niz. Aber lernen mußst du was. Schullehrer oder Farrer, was du willst. Aber was lernen. Nur kein Ziegler. Für alle Kränk' nit. Willst du?“

Der Bube sah sie an und wußte nicht, was er antworten sollte.

„Na, so red' doch, willst du?“

„Ei, ich wollt' schon, Mutter.“

„Na, und?“

„Aber — wir sind doch arme Leute!“

„Schad niz. Ich schaff. Dein Vatter verkauft wieder, was er die Bock' verdient hat. Hier, über die Schwel, soll er mir nit mehr kommen. Ich werf' ihn die Trepp' hinunter. Aber schaffen will ich für dich. Und helfen kannst du mir jetzt noch, das ist kein Schand' und sicut dir später kein Mensch mehr an — Lettenfahren und Ziegel abtragen, davon kriegt dein Ehr' kein Loch. Und einen neuen Anzug kriegst du. Gleich morgen. Brauchst nit mehr länger in dem verwaschenen zu laufen. Werktags, das ist egal, da wird geschafft. Aber Sonntag, da soll man sehen, daß du was wirst. Da sollst gepugt sein, Philipp, wie die reichen Buben, die kein Kirmwischen Grüt' im Kopf haben. Denn weißt, es sind die Dummsten nit, die so Lumpen geben, wie dein Vatter. Davon mußst du was haben. Und ich schaff.“

Sie schob ihn zur Haustüre hinein.

Da bemerkte sie, daß sie noch einen Brocken Brot in der Hand behalten hatte, in lauter Gedanken. Ein Subn kam die Treppe hinaufspaziert und pickte auf, was in den Ritzen liegen geblieben war. Die Klar warf ihm das Brot hin.

„Da, mein Papperchen.“ Und sie lockte noch ein wenig.

(Fortsetzung folgt.)

angezeigt, hatten für einen schweren Psychopathen, bei dem gewisse Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit vorhanden seien. Da beide Sachverständige den Antrag aus § 31 St.P.O. stellten, beschloß das Gericht den Angeklagten erst auf die Dauer von 6 Wochen in einer öffentlichen Irrenanstalt auf seinen Geisteszustand beobachten zu lassen.

Mit Steinen beworfen wurde heute vormittag ein Ringbahnwagen zwischen den Haltestellen Neutölln, Hermannstraße und Tempelhof. Von den Fahrgästen wurde niemand getroffen.

Eine große Razzia veranlaßte das Kommando der Kriminalpolizei in Verbindung mit Streifenmannschaften am Sonntagabend in der Umgegend des Schleifens Bahnhofs. 16 Wirtschaften wurden durchsucht und ausgedöhnt. Über 100 Personen wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht, 12 davon in Haft behalten. Sie gehören zu einer weitverbreiteten Räuberbande, die gewerbsmäßig am Schleifens Bahnhof harmlose Leute, besonders Jugendeute, entweder in der Nähe des Bahnhofs überfällt und beraubt oder weiter verschleppt und an einsamer Stelle ansplündert.

Ein schwieriges Rettungswerk. Gestern nachmittag veripürten Bewohner des Hauses Greifswalder Straße 14 starken Gasgeruch, der aus der Wohnung der 27jährigen Frau Frida L. kam. Da ihnen die Öffnung der Korridortür nicht gelang, trugen sie durch ein Fenster und trugen Frau L. die sich mit Gas vergiftet hatte, ins Freie. Ein Arzt und Feuerwehrleute bemühten sich um sie und riefen sie ins Leben zurück. Motiv unbekannt.

Die Raube eines Wählings. Die 16jährige Gertrud Hoch wurde in der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr auf dem Wege nach ihrer Wohnung am Mariannenplatz von einem ihr unbekanntem Manne angesprochen und, als sie sich abweisend verhielt, bis zum Gröben-Ufer verfolgt. Hier verlor sie den Kopf, sie zu vergewaltigen und warf sie, als ihm das nicht gelang, ohne weiteres ins Wasser. Auf ihre Hilferufe wurde sie von zwei Schiffen wieder herausgezogen, während der Täter davonlief.

Menschliche Gnaden. In der vergangenen Nacht gegen 1/2 Uhr wurde in der Prinz-Handjery-Straße, Ecke der Hermannstraße in Neutölln der 40 Jahre alte Schlosser Gerhard Jakob von mehreren Prostituierten und Zuhältern überfallen, mit Prühen getreten und mit seinem eigenen Schirm bedeckt gehalten, daß er zur nächsten Rettungsstelle geschafft werden mußte. Es gelang der Polizei, drei der Frauenzimmer und einen der Zuhälter festzunehmen. Sie wurden dem Polizeiamt Neutölln übergeben.

Arbeiterport

Das Fest der Internationale

Ein deutsches Sportfest sollte es bescheidenweise werden, ein internationales ist es geworden. Was die bürgerlichen Sportler durch ihren Nationalismus und Chauvinismus nicht fertig brachten, das hat die sozialistische Weltbrüderschaft zur Tat werden lassen: Zum ersten Male nach dem Kriege reichten sich Franzosen und Deutsche die Hand und treten in friedlichen sportlichen Wettbewerben. 15 000 Ausländer sind anwesend und als begeisterndes Symbol schwaben Marx' Worte über dem ganzen Fest: Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Die Eröffnung.

Ganz Leipzig steht im Zeichen des Festes. Die bürgerliche Presse schweigt das Fest tot. Aber die Arbeiterchaft hat alles festlich geschmückt, die amtlichen Gebäude zeigen Flaggenhonneur, und in den Straßen wogen ungeheure Menschenmengen auf und ab. Bei der Eröffnungsfest beglückte Unterstaatssekretär Genosse Heinrich Schulz die Arbeiterturner, ebenfalls Oberbürgermeister Dr. Rodde-Leipzig und Genosse Schilling vom Gewerkschaftsrat. In machtvollen Affekten schloß die Internationale durch den großen Saal als Symbol der Einigkeit. Die ausländischen Gäste, besonders der Franzose, werden mit demonstrativem Beifall begrüßt. Das deutsche Massenaufgebot hat auf die ausländischen Genossen einen gewaltigen Eindruck gemacht.

Die Massenübungen.

Die sächsischen Sportler eröffnen den Reigen. Nur mit roten Badehosen bekleidet, zeigen sie Massagenübungen, die durch die Masse einen imposanten Eindruck machen. Die Sportlerübungen werden ebenfalls mit nachtem Körper (nur mit kurzer schwarzer Antheile bekleidet) ausgeführt. Sie demonstrieren in glänzender Weise die individuelle Durchbarkeit des ganzen Körpers. Keine Muskel, keine Sehne bleibt unbeschäftigt, und die Hauptsache: Man sieht am nackten Körper, wie alles arbeitet, und man erkennt: Das ist die Körperkultur, die sich die Zukunft erobern wird.

16 000 Turner treten zu Massenübungen an. Glänzend ausgerichtet erscheinen sie auf dem Kleinfeld in vollkommen weißer Kleidung wie eine Unzahl weißer Punkte. Im Gegensatz zu den Sportlern zeigt sich hier nicht individuelle, sondern Kollektivarbeit der Masse. Ein ästhetischer Anblick ohne gleichen bietet sich dem Auge des Zuschauers, wenn die Massen in disziplinierter Einheitslichkeit die Körper in Freiübungsform durcharbeiten.

Den Höhepunkt ästhetisch seinen Anblick bieten und die Turnvereine. Nach melodischer Musik zeigen sie uns rhythmische Gymnastik. Mit Grazie reden, strecken und beugen sich die Körper, untermischt mit kraftvollen Bewegungen.

Die ersten Erfolge der Berliner.

Die Vorkämpfe am Sonnabend trachten den Berlinerinnen bereits große Erfolge. Im Ringelstehen war Hämmerling (Freie Turnerschaft Gr. Berlin) erster mit 10,62 Meter, im Diskus derselbe ebenfalls erster mit 33,70 Meter. Auch die Schweizer und Finnen rangieren erst dahinter. — Den 400 Meter-Lauf gewann Dr. Bergemann (Fr. Tisch. Groß-Berlin). Die Stafettenvorläufe wurden sämtlich vom 1. Kreis (Mark Brandenburg) gewonnen. — Die Barrenriege (Turnerinnen) der Fr. Tisch. Groß-Berlin zeigte an 4 Barren gute Leistungen.

Gewerkschaftliches

Keiseltreiben im Warenhaus A. Wertheim

Die Firma A. Wertheim benutzt jede Gelegenheit, um ihre reaktionäre Gesinnung gegenüber den Betriebsräten zu betätigen. An die Demonstrationen zum Schutze der Republik schloß sich der Versuch, ein Betriebsratsmitglied der Filiale Moritzplatz zu mahregeln. Während man sich hier wenigstens bemühte, wenn auch ohne Erfolg, die Zustimmung des übrigen Betriebsrates zu erhalten, ging man in einem anderen Fall, Leipziger Straße, rascher zu Werk. Eine zehn Jahre bei der Firma tätige Kassiererin, die als Betriebsrat der Firma seit längerer Zeit ein Dorn im Auge ist, wurde auf der Stelle freilos entlassen. In diesem Zweck unterstellt man ihr zwei Betrugsfälle und geht sogar so weit, jede Aufklärung zu verhindern, um ja die Gemahregelte vor allen Dingen acht Wochen aus dem Betriebe zu haben. Jede ordentliche Verhandlung, die dem Zentralverband der Angestellten anstrebt, lehnt man ab, obgleich der Verband wiederholt erklärt, aufklärend und vermittelnd tätig sein zu wollen. In einer Besprechung mit dem Verbande gesteht man denn allerdings an, daß Beweise für den ersten Fall vollkommen fehlen und sich die Kufflage der Firma lediglich auf die Aussage eines Kunden stütze, der angeblich bezeugen wolle, einmal 100 M. an der betreffenden Kasse zuviel eingezahlt zu haben. Um diesen dunklen Fall angeblich zu klären, leitete die Firma zugeständenermaßen „Feststellungsmaßnahmen“ ein, die zur zweiten Differenz führten. Hier soll eine Dame auf Veranlassung der Firma wiederum 100 M. zuviel eingezahlt und beobachtet haben, daß die betreffende Kassiererin diesen Betrag in ihr Portemonnaie steckte. Natürlich ist an dem Diebstahl kein wahres Wort, die von der Angeschuldigten erbotenen Beweise werden von der Firma gar nicht entgegengenommen.

Jetzt hat die Belegschaft der Firma A. Wertheim das Wort. Sie wird zu bekunden haben, ob sie sich mit einem System einverstanden erklären will, das den guten Sitten widerspricht und die Verkaufskräfte unfruchtbar machen geeignet ist. Oder gibt es irgend jemand, der derartige bestellte Arbeit anders als mit Lockspiegel-System schlimmerer Art charakterisieren kann. In der Betriebsratsversammlung, die am Dienstag, den 25. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Lehrereisenhaus, Alexanderplatz, stattfindet, wird man sich mit den unerhörten Vorkommnissen beschäftigen.

Der Lederarbeiterverband im Jahre 1921

Auch im Jahre 1921 hatte der Verband einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl vermehrte sich um 3182 Mitglieder oder um 23 Proz.; sie stieg von 35 441 Mitglieder am Jahresabschluss 1920 auf 43 603 Mitglieder am Jahresabschluss 1921.

Zwei Beitragserhöhungen mußten vorgenommen werden, um die Geldentwertung auszugleichen. Die großen Preissteigerungen für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel brachten eine große Zahl von Lohnbewegungen mit sich. Der Verband führte insgesamt 447 Lohnbewegungen in 21 Orten und 4520 Betrieben mit 160 378 Beteiligten. Darunter waren 15 Streiks mit 2235 Personen. Es wurde eine Lohnerhöhung für 162 377 Personen im Betrage von 11 324 618 M. pro Woche erzielt. Bei den Lohnbewegungen wurden 54 Tarifverträge für 804 Betriebe mit 25 891 Beschäftigten neu abgeschlossen. Außerdem wurden 2 Verträge für 12 500 Beschäftigte erneuert, so daß insgesamt 56 Verträge für 1682 Betriebe mit 41 491 Beschäftigten im Jahre 1921 in Kraft traten.

Die Einnahmen stiegen von 2 594 132 M. im Jahre 1920 auf 6 973 206 M. im Jahre 1921; außerdem hatten die Lokalkassen noch eine Einnahme von 1 885 001 M. zu verzeichnen. Die Ausgaben stiegen von 2 018 785 M. im Jahre 1920 auf 3 067 270 M.

Das Verbandsvermögen vermehrte sich von 1 146 014 M. auf 4 132 850 M. Die gute Konjunktur brachte es mit sich, daß für Arbeitslosenunterstützung nur halb soviel verausgabt wurde wie im Vorjahre.

Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung betrug 162 119 M. gegenüber 314 286 M. im Jahre 1920. Die Ausgabe für Krankenunterstützung dagegen verdoppelte sich, sie stieg von 194 372 M. auf 385 291 M.

Die Ausgaben für Streifenunterstützung stiegen von 50 182 Mark im Jahre 1920 auf 693 017 M. im Jahre 1921.

Eine vom Verbande ausgenommene Statistik ergab, daß in 1334 Betrieben 41 408 männliche und 10 879 weibliche Personen, insgesamt 51 787 Personen beschäftigt waren. Davon waren 49 028 Beschäftigte oder rund 95 Proz. organisiert und 2759 Beschäftigte oder rund 5 Proz. nicht organisiert. Der numerische und finanzielle Aufstieg des Verbandes im Jahre 1921 wird den organisierten Lederarbeitern ein Ansporn sein, rührlos mitzuarbeiten.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund

Die in Leipzig vollzogene Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes und die der Gründung vorausgegangene Verhandlung mehrerer Verbände hat in ganz Deutschland ein lebhaftes Echo ausgelöst. Die neue Beamtenbewegung ist nicht das Produkt einzelner Personen, vielmehr das Ergebnis der in Deutschland immer mehr um sich greifenden wirtschaftlichen Not und der daraus sich ergebenden Erkenntnis, daß ein gewerkschaftlicher Wachstumsfaktor zur Erringung besserer Existenzverhältnisse geschaffen werden muß.

Aus diesem Grunde war es notwendig, für Berlin sofort einen Ortsausschuß ins Leben zu rufen. Am 21. Juli nahmen die Vertreter fast aller in Berlin bestehenden Beamtenverbände und Vereinigungen hierzu Stellung. Einstimmig wurde beschlossen, daß die Gründung unbedingt notwendig sei und mit der Aufklärungsarbeit sofort begonnen werden soll.

Anfragen und Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes (ADB), Ortsausschuß für Groß-Berlin, Berlin S.O. 26, Behnigenufer 101, Fernruf: Moritzplatz 1319.

Lohnbewegung in der Glasreinigungsbranche

Die Fensterputzer kämpfen seit Jahren um menschenwürdige Löhne, denen die Arbeitgeber teilnahmslos gegenüberstehen. Den unnormalen Verhältnissen im Monat Juli hatten die Arbeitnehmer eine Ausgleichszahlung beantragt.

Einen Verzicht vom Schlichtungsausschuß hatten die Arbeitgeber abgelehnt. In der Glasreinigungsbranche werden noch Löhne für Anfang von 500 bis 608 M. pro Woche, nach einem Jahre 510 Mark gezahlt.

In einer am 20. d. Mts. stattgefundenen Vollversammlung wurde beschlossen, sofort in allen Betrieben die Arbeit niederzulegen, da die Unternehmer auch die im August gestellten Forderungen abgelehnt haben. Rolf Ties wies auf die Notwendigkeit des geschlossenen Kampfes hin.

Am Mittwoch, den 26. Juli, findet die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß statt. An den Arbeitgebern der Glasreinigungs-Anstalten, die bisher alle Schlichtungsabgelehnt haben, wird es liegen, ob es zum Streik kommt oder nicht.

Werden nicht bedeutende Zugeständnisse gemacht, dann ist der Kampf nicht aufzuhalten. Die Fensterputzer wollen unter den erbärmlichen Hungerlöhnen nicht mehr weiter ihr Leben fristen. Sie verlangen für ihre intensive Tätigkeit auch eine dementsprechende Bezahlung. Alle Betriebsräte, Betriebsobleute und gewerkschaftlichen Vertrauensleute sind hierauf aufmerksam gemacht.

Streik der Graveure — Ziselreue

Das Ergebnis der stattgefundenen dritten Verhandlungen wurde von den streikenden Kollegen und Kolleginnen angenommen. Der Streik wurde am 22. Juli beendet und die Arbeit ist am Montag, den 24. Juli geschlossen aufgenommen worden. Makroaktionen finden nicht statt. Der Streik gilt nicht als Arbeitsunterbrechung, vorher bestandene Rechte bleiben bestehen.

Am 2. August finden in Dresden Reichsarbeitsverhandlungen statt zwecks Umgestaltung des Manteltarif und Revision der Lohnpositionen.

Deutscher Holzarbeiterverband, streikende Ristenmacher. Mittwoch, vorm. 11 Uhr, im Arbeitslokal Rungestr. 30, Versammlung aller Streikenden und Aussperrten. Tagesordnung: Bericht über die Lage des Streiks und eventuell Beschlußfassung. Alle im Kampf stehenden Ristenmacher sind verpflichtet, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Buchbinder! An die Buchbinder-Arbeiterschaft in den Buchdruckereien! Am Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, in den Berliner Verein- und Konserthallen (früher Arminhallen) Kommandantenstr. 55/59 Versammlung. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller in den Buchdruckereien beschäftigten Kolleginnen und Kollegen unbedingte Pflicht!

Parteiveranstaltungen

6. Bezirks-Bezirk. Die Mitgliederversammlung findet erst nächste Woche Dienstag, den 25. Juli.

5. Verwaltungsbereich (17. Bezirk). Abends 7 Uhr Sitzung der gesamten Bezirksleitung bei Dreile.

Mittwoch, den 26. Juli.

5. Verwaltungsbereich (17. Bezirk). Vorstandssitzung und Abrechnung bei Dreile, Scheinertstr. 18 abends 7 Uhr. Erscheinen aller Stadt- und Bezirksabordneten sowie sämtlicher Kommissionsmitglieder unbedingt erforderlich.

5. Verwaltungsbereich (17. Bezirk). Abends 7 Uhr Jugend-Zusammenkunft, Schule, Petersburger Str. 4, Vöhlstr.

13. Verwaltungsbereich (Tempelhof, Reinickendorf, Marienfelde, Lichtenrade). Abends 8 Uhr außerordentliche Mitglieder-Versammlung in der Schulaula Reinickendorf, Amsinstraße. Die Bestätigung der Tagesordnung durch den Vorstand ist Pflicht.

14. Verwaltungsbereich (Neukölln-Bezirk). Abends 7 Uhr außerordentliche Mitglieder-Versammlung in der Schulaula Reinickendorf, Amsinstraße. Die Bestätigung der Tagesordnung durch den Vorstand ist Pflicht.

7. Bezirk. Ausflug der Kinder nach Saboteur. Treffpunkt: Brunnenstraße Ecke Kreuzbühl. Treffpunkt der Kinder nach Saboteur. Treffpunkt Brunnenstraße Ecke Kreuzbühl. Treffpunkt der Kinder nach Saboteur. Treffpunkt Brunnenstraße Ecke Kreuzbühl.

7. Bezirk. Ausflug der Kinder nach Saboteur. Treffpunkt: Brunnenstraße Ecke Kreuzbühl. Treffpunkt der Kinder nach Saboteur. Treffpunkt Brunnenstraße Ecke Kreuzbühl.

7. Bezirk. Ausflug der Kinder nach Saboteur. Treffpunkt: Brunnenstraße Ecke Kreuzbühl. Treffpunkt der Kinder nach Saboteur. Treffpunkt Brunnenstraße Ecke Kreuzbühl.

7. Bezirk. Ausflug der Kinder nach Saboteur. Treffpunkt: Brunnenstraße Ecke Kreuzbühl. Treffpunkt der Kinder nach Saboteur. Treffpunkt Brunnenstraße Ecke Kreuzbühl.

7. Bezirk. Ausflug der Kinder nach Saboteur. Treffpunkt: Brunnenstraße Ecke Kreuzbühl. Treffpunkt der Kinder nach Saboteur. Treffpunkt Brunnenstraße Ecke Kreuzbühl.

7. Bezirk. Ausflug der Kinder nach Saboteur. Treffpunkt: Brunnenstraße Ecke Kreuzbühl. Treffpunkt der Kinder nach Saboteur. Treffpunkt Brunnenstraße Ecke Kreuzbühl.

7. Bezirk. Ausflug der Kinder nach Saboteur. Treffpunkt: Brunnenstraße Ecke Kreuzbühl. Treffpunkt der Kinder nach Saboteur. Treffpunkt Brunnenstraße Ecke Kreuzbühl.

7. Bezirk. Ausflug der Kinder nach Saboteur. Treffpunkt: Brunnenstraße Ecke Kreuzbühl. Treffpunkt der Kinder nach Saboteur. Treffpunkt Brunnenstraße Ecke Kreuzbühl.

Donnerstag, den 27. Juli.

6. Bezirk. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Krüger, Tullinstraße 10.

Vereinskalender

Mittwoch, den 26. Juli.

Zentralverband der Angestellten. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Krüger, Tullinstraße 10.

Zentralverband der Angestellten. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Krüger, Tullinstraße 10.

Zentralverband der Angestellten. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Krüger, Tullinstraße 10.

Zentralverband der Angestellten. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Krüger, Tullinstraße 10.

Zentralverband der Angestellten. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Krüger, Tullinstraße 10.

Zentralverband der Angestellten. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Krüger, Tullinstraße 10.

Zentralverband der Angestellten. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Krüger, Tullinstraße 10.

Zentralverband der Angestellten. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Krüger, Tullinstraße 10.

Zentralverband der Angestellten. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Krüger, Tullinstraße 10.

Zentralverband der Angestellten. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Krüger, Tullinstraße 10.

Zentralverband der Angestellten. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Krüger, Tullinstraße 10.



Weiche mit
Henko
die Wäsche ein!

„Henko“ Henkel's Wasch- und Bleich-Soda, zum Einweichen der Wäsche und für den Hausputz.
Erfolgreiche Hersteller:
Henkel & Cie., Düsseldorf.